P r e s s e m i t t e i l u n g

**DKG zum Qualitätsmonitor von AOK und WidO**

**DKG fordert mehr Sachlichkeit in der Qualitätsdebatte**

Berlin, 13. Dezember 2022 – Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) reagiert mit Verwunderung auf die erneuten Vorwürfe der AOK und ihres wissenschaftlichen Instituts (WidO) über vermeintliche Qualitätsmängel in der Krankenhausbehandlung. „Während die AOK skandalisiert, dass sieben Prozent der Notfallpatienten mit Herzinfarkt in einem Krankenhaus ohne Kathetherlabor landen, freut sich die Deutsche Krankenhausgesellschaft gemeinsam mit den Verantwortlichen des Rettungsdienstes darüber, dass es gelingt 93 Prozent dieser Notfallpatienten in einem Krankenhaus mit Herzkatheterlabor aufzunehmen und zu behandeln“, erklärt der Vorstandsvorsitzende der DKG, Dr. Gerald Gaß.

„Dass die AOK und ihr Institut es *als unhaltbaren Zustand* kritisieren, dass sieben Prozent der Herzinfarkt-Patienten in Krankenhäusern ohne Katheterlabor behandelt wurden, ist unsachlich und polemisch. Herzinfarkte sind Notfälle, die durch den Rettungsdienst in die Krankenhäuser kommen. Und nicht jeden Herzinfarkt kann der Rettungsdienst bereits in der unmittelbaren Akutsituation als solchen erkennen. Im Regelfall steuern die Rettungsdienste das nächstgelegene Krankenhaus mit entsprechenden Notfallaufnahmen an, um die Patienten schnellstmöglich zu versorgen. Die Krankenhäuser führen dann eine umfassende Notfalldiagnostik durch. Die Entscheidung, welche Klinik angesteuert wird, liegt dabei beim Rettungsdienst. Die von der AOK skandalisierten Zahlen zeigen im Gegenteil, dass das Rettungssystem im Zusammenspiel mit den Krankenhäusern sehr gut funktioniert, denn 93 Prozent aller Herzinfarktpatienten erreichen trotz der noch nicht abgeschlossenen Notfalldiagnostik den idealen Behandlungsort, nämlich ein Krankenhaus mit entsprechenden Notfallstrukturen und Herzkatheterlabor. Es wäre gut, wenn Wido und AOK sich zukünftig die Zeit nehmen, sich die eigenen Daten und deren konkreten Hintergrund vor Augen zu führen, bevor sie mit skandalisierenden Überschriften und plakativen Statements die Bürgerinnen und Bürger verunsichern und den Rettungsdienst verunglimpfen“, erklärt Gaß.

Für Unverständnis bei den Krankenhäusern sorgt auch die Kritik der AOK an vermeintlich schlechter Brustkrebsversorgung in Krankenhäusern mit zu geringer Fallzahl. „Die AOK scheitert an ihrer unzureichenden Datenlage und kann nur veraltete Fallzahlen bis ins Jahr 2020 liefern. Allerdings haben wir im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) längst Mindestmengen vereinbart, die die angeprangerte Gelegenheitschirurgie unmöglich machen. Krankenhäuser müssen ab 2024 50, ab 2025 mindestens 100 Fälle pro Jahr nachweisen, um weiter Brustkrebs behandeln zu können. Die AOK spricht hier also ein Problem an, das wir längst gelöst haben. Und auch bei ihrer Kritik, dass 15 Prozent der Brustkrebs-Patientinnen in Kliniken behandelt werden, die nicht durch die Deutsche Krebsgesellschaft zertifiziert sind, erscheint es, als ob die AOK die aktuellen gesundheitspolitischen Geschehnisse nicht verfolgt. Die DKG begleitet die Beratungen im G-BA zu Zertifizierungen aktiv, wir sollten auch die Reformen aus der Regierungskommission und dem Bundesgesundheitsministerium abwarten. Nicht nur, dass ein Kriterium für die Zertifizierung der Krebsgesellschaft die ohnehin beschlossene Mindestmenge ist, die Vorschläge der Kommission bezüglich der Level-Einteilung von Kliniken gehen in eine ähnliche Richtung“, so Gaß.

„Insgesamt erscheint es, als ob die AOK krampfhaft nach Argumenten sucht, die Arbeit der Krankenhäuser zu diskreditieren. Sie beschreibt Probleme, die wir wie beim Brustkrebs gemeinsam mit dem GKV-Spitzenverband in der Selbstverwaltung längst gelöst haben, oder die es wie beim Thema Herzinfarkt bei näherer Betrachtung aufgrund der vielfach unklaren Verdachtslage im Notfall vom Rettungsdienst realistischerweise kaum besser gelöst werden können. Wenn das, wie von der AOK behauptet, die Anlässe wären, weshalb die Vorschläge der Krankenhauskommission nun schnellstens umgesetzt werden müssen, dann bräuchte es die Kommission und ihre Vorschläge sicher nicht“, erklärt Gaß.

**Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG)** ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.903 Krankenhäuser versorgen jährlich 17 Millionen stationäre Patienten (2020) und rund 19 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,3 Millionen Mitarbeitern. Bei 122 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.